

S. Mai

2+4

(Do 8)

Bonn, den 5. Mai 1990

R e d e
des Außenministers der DDR
Markus Meckel

zu den grundsätzlichen Positionen
der Deutschen Demokratischen Republik
in den 2 + 4 - Gesprächen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede des Außenministers der DDR

(Dok.)

Verehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kollegen!

Die Vereinigung Deutschlands oder dessen Teilung, so die historische Erfahrung der Europäer, hat den Kontinent in der Geschichte mehrfach in Konflikte und Kriege gestürzt. Niemand wünscht, diese Erfahrungen zu wiederholen. Es ist geradezu das politische Vermächtnis der DDR, daß sich der Vereinigungsprozeß, über dessen äußere Aspekte hier heute verhandelt werden soll, in einer Weise vollzieht und zu einem Ergebnis führt, welches von keinem der Nachbarn Deutschlands und von keinem anderen europäischen Staat als Bedrohung empfunden wird. Die DDR geht in die 2+4-Verhandlungen mit der entschiedenen Absicht, das Wort von der Friedensaufgabe der Deutschen in konkrete Vertragspolitik umzusetzen.

Ermöglicht durch die neue Politik der UdSSR vollzieht sich in Europa eine dramatische Entwicklung, die historische Bedeutung hat. Der grundsätzliche Wandel gesellschaftlicher und politischer Strukturen, die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Ausübung der Souveränität tatsächlich durch das Volk gestattet es nunmehr, über Sicherheit gänzlich anders zu reden, als dies noch vor wenigen Monaten der Fall war. Die Erfahrung der Revolution, der Abschüttelung zentralistischer Herrschaft haben die Menschen in den Staaten Ost- und Südosteuropas gemeinsam gemacht. Diese Erfahrung verbindet sie tief miteinander. Die neue Regierung der DDR zieht aus dieser neuartigen Gemeinsamkeit heraus in diese Verhandlungen mit dem besonderen Willen, den Wunsch ihrer Bevölkerung nach rascher Vereinigung mit den legitimen Interessen der Nachbarn im Osten an diesem Prozeß in Einklang zu bringen.

Die Verantwortlichen in der DDR wie in den anderen ehemals sozialistischen Staaten eint die Erfahrung der Opposition; politische Arbeit kostete Mut, Phantasie und Durchhaltevermögen, wir wurden verfolgt und diskriminiert. Die gemeinsame Erfahrung

des Widerstandes hat uns geprägt. Wir hatten eine Rolle in erfolgreichen Revolutionen. Von uns dürfen Sie erwarten, daß wir eine aktive Politik betreiben. Wir wollen mit dem gleichen Einfallsreichtum die Inhalte und Formen unserer heutigen Politik prägen. Mit anderen Worten: Die gemeinsame Erfahrung des Aufbruches, die uns aus der DDR mit Freunden und Kollegen, die nunmehr in Osteuropa politische Verantwortung tragen, verbindet und bestärkt uns in unserer Hoffnung auf die gemeinsame Gestaltung eines freiheitlichen und demokratischen Europa.

Die Spaltung Europas hört auf. Die Nachkriegszeit geht zu Ende. Europa tritt neu als Ganzes in den Blick. Die die Staaten des Westens prägende parlamentarische Demokratie setzt sich mehr und mehr durch. Der deutsche Einigungsprozeß soll so angelegt sein, daß er die nunmehr mögliche Einigung Europas fördert und nicht hindert. Wir halten es für erstrebenswert, die Dynamik des Vorganges der Einigung der Deutschen zu nutzen für die Dynamisierung des Prozesses der Einigung auf dem Felde der Sicherheitspolitik, wo die DDR besonders initiativ sein wird, wie auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungspolitik. Obwohl absehbar ist, daß zunächst ein ökonomisches Gefälle entstehen wird, darf es nicht sein, daß nach der Beseitigung des ideologischen und militärischen "Eisernen Vorhangs" sich nach der Währungsunion ein tiefer Graben an der deutschen Ostgrenze auftut, der die im Umbau befindlichen Volkswirtschaften im Osten und Südosten vor neue Barrieren in Richtung Westen stellt.

Die neue DDR tritt ein für ein berechenbares, von der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiertes und gefördertes Zusammenwachsen der deutschen Staaten. Sie ist dafür, daß die Staaten ihre Ansichten in die mit der deutschen Einheit verbundenen Prozesse der Entscheidungsfindung einbringen. Der Mechanismus dieser Verhandlungen bietet dafür Platz und Raum.

Die Nachbarn im Osten sind in spezifischer Weise von dem Prozeß der Vereinigung betroffen. Wir sind in intensivem Gespräch mit ihnen, um die Folgen zu bedenken und keine Nachteile für sie erwachsen zu lassen.

Als vorrangig unter den hier zu lösenden äußeren Aspekten der deutschen Vereinigung, betrachten wir die Frage der endgültigen und völkerrechtlich verbindlichen Regelung aller Grenzen Deutschlands. Kein polnischer Bürger soll mehr mit Furcht vor möglichen Veränderungen auf die Westgrenze seines Landes blicken müssen. Die heutige Westgrenze Polens, das ist die Position der DDR, ist zugleich die nördliche Ostgrenze des vereinigten Deutschlands.

Die Volkskammer hat in einer Gemeinsamen Erklärung am 13. April 1990 die " Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus" bekräftigt. Die Deutsche Demokratische Republik wird auch künftig das unterstützen, was den Polen die Gewißheit verschafft, daß ihre Sicherheit dauerhaft gewährleistet ist. Deshalb tritt sie ein für den Vorschlag der Republik Polen, einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der DDR , der Bundesrepublik und der Republik Polen zu erarbeiten und zu paraphieren, dessen Unterzeichnung und Ratifizierung dann durch den deutschen Einheitsstaat und Polen erfolgt. Er wird Bestandteil einer umfassenden europäischen Sicherheits- und Friedensregelung sein. Es ist deshalb nur folgerichtig, daß Polen an den 2+4-Gesprächen teilnimmt, wenn Fragen seiner Grenze berührt werden. Die Grenzfrage ist eine, die die Deutschen souverän mit ihren Nachbarn trilateral klären sollen. Deutschland wird seine Friedensfähigkeit unter Beweis stellen.

Die Frage nach den geeigneten Schritten hin zu einer Europäisierung des Sicherheitsproblems dürfte die kommenden Verhandlungen erheblich bestimmen. Als Träger eines solchen Prozesses bietet sich für die erste Phase die NATO an. Die demokratischen Revolutionen

des vergangenen Jahres in Europa hatten nicht das Ziel unsere Länder in die alte NATO einzubringen. NATO und Warschauer Pakt sind in ihren Strukturen noch von den Denkweisen des alten gespaltenen und von der Konfrontation her denkenden Sicherheitsverständnisses geprägt. Das neue Europa aber braucht neue Sicherheitsstrukturen, die der sich ankündigenden Gemeinschaft der europäischen Staaten gerecht werden. Die NATO könnte vielleicht (bei notwendiger Veränderung) als Mittel des Überganges zu einem neuen Sicherheitssystem in Europa genutzt werden. Wenn das vereinigte Deutschland zunächst der NATO angehören soll, dürfen ihre militärischen Strukturen nicht auf das Gebiet der heutigen DDR ausgedehnt werden. Außerdem muß das erhebliche Veränderungen für die Westallianz, ihr Selbstverständnis, ihre militärischen Aufgaben, ihre Strategie und ihr Verhältnis gegenüber dem östlichen Europa bedeuten. Mit den militärischen Potential eines vereinten Deutschland verbunden unsere Nachbarn in der Vergangenheit zu Recht weitgehende Befürchtungen. Die erste Aussage zur künftigen Militärpolitik des neuen Deutschland ist von unserer Seite, daß durch drastische Beschränkungen der Rüstung die Grundlage für solche Ängste genommen werden muß. Die DDR ist zu tiefen Einschnitten in ihr Militärpotential bereit. Sie befürwortet gleichermaßen sehr weitgehende Minderungen der Zahl sowjetischer Truppen, die auf ihrem Territorium stehen. Das Militärpotential des vereinigten Deutschland soll von keinem Nachbarn als Bedrohung empfunden werden können. Das neue Deutschland sollte nicht die größte Armee in Europa außerhalb der UdSSR haben. Über die vorfindlichen Regelungen hinaus sollte das neue Deutschland in verbindlicher Weise, etwa in seiner Verfassung, auf Waffen zur Massenvernichtung verzichten. Die Kernspaltung ebenso wie chemische Waffen wurden in Deutschland erfunden. Die Friedensaufgabe der Deutschen, das Potential der deutschen Forschung, legen einen solchen Schritt nahe.

Die Siegermächte des 2. Weltkrieges stehen in diesen Prozessen der Veränderung Europas und der Vereinigung Deutschlands vor dem entscheidenden Schritt, ihre Verantwortlichkeiten und Rechte im Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin aufzugeben und diesen in deutsche Hände zu legen. Dieser Schritt unterstreicht die große Verantwortung die der künftigen Politik eines vereinten Deutschlands zukommen wird. Einzelne Partner in diesen Gesprächen haben dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Ablösung der Rechte der Sieger durch einen Friedensvertrag oder ein vergleichbares Dokument vorzunehmen. Wir meinen, daß unsere Tagesordnung genügend Raum bietet, um auch diese Fragen gebührend zu verhandeln. Die Regierung der DDR ist der Auffassung, daß mit dem deutschen Einigungsprozeß und Sicherung seiner Einbindung in den europäischen Prozeß die Voraussetzungen für die Ablösung der Siegermächte geschaffen werden. Diese sollte im Ergebnis der 2+4-Verhandlungen vertraglich erfolgen.

Das vereinte Deutschland wird die volle Souveränität über sein Staatsgebiet einschließlich der künftigen Hauptstadt Berlin erlangen und sollte diese künftig auf eigenen Entschluß hin in den europäischen Prozeß einbringen. Die zumindest zunächst anhaltende Präsenz ausländischer Streitkräfte auf deutschen Boden bedarf dann einer neuen völkerrechtlich vereinbarten Grundlage, die die Besatzungsrechtlichen Grundlagen ablöst. Es ist unsere Absicht, mit der Schaffung von Übergangsregelungen Anschlußstücke für den Prozeß hin zu einer gesamteuropäischen Friedensregelung zu gewinnen.

Der Prozeß der Einigung Deutschlands vollzieht sich schneller als die Entwicklung neuer gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen, in die er ja eingebettet werden soll. Das erfordert eine besonders aktive und verantwortungsbewußte Europapolitik, für die sich die DDR besonders im Wort sieht. Im KSZE-Prozeß sieht die Regierung der DDR die am besten geeigneten und am weitesten reichenden Möglichkeiten, die deutschen Einigungsvorgänge mit den europäischen Einigungsbestrebungen in Einklang zu bringen. Den Prinzipien

der Schlußakte von Helsinki mit ihren sicherheitspolitischen Grundsätzen sollte ein völkerrechtlich vertraglicher Charakter verliehen werden. Ein derartiger europäischer Sicherheitsvertrag wäre der Weg, um die Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten Deutschlands und darüber hinaus aller KSZE-Staaten zu wahren. Ein KSZE-Rat der Außen- und Verteidigungsminister, ein ständiges Sekretariat, eine Agentur zur Verifikation von Abrüstungs- und Umstrukturierungsvereinbarungen, ein Organ zur Krisensteuerung und Streitschlichtung sowie Institutionen zu anderen Körben der KSZE-Schlußakte könnten Bausteine einer europäischen Friedensordnung werden. Die Ergebnisse der 2+4-Gespräche wären nach unserer Ansicht auch in den KSZE-Prozeß einzubringen, etwa anläßlich des anstehenden Gipfeltreffens.

Lassen Sie mich noch einmal versichern, daß die Deutsche Demokratische Republik zu ihren internationalen Verpflichtungen und Vereinbarungen im bi- und multilateralen Raum steht. Sie läßt sich leiten, von dem völkerrechtlichen Grundsatz der Vertragskontinuität. Eine neue Etappe der Geschichte des deutschen Volkes darf und wird nicht zu Lasten Dritter gehen und nicht mit Vertragsbruch beginnen. Die DDR tritt dafür ein, daß alle sich aus dem Prozeß der Vereinigung ergebenden diesbezüglichen Fragen einvernehmlich mit den jeweiligen Vertragspartnern gelöst und durch das vereinigte Deutschland völkerrechtlich verbindlich geregelt werden.

Die Aufgabe, die wir hier vor uns haben, ist von historischer Dimension. Mit der Vereinigung Deutschlands geht die Nachkriegszeit zu Ende. Das neue Europa kann nicht nur die quantitative Erweiterung Westeuropas sein, wie das geeinte Deutschland nicht nur die Erweiterung der BRD sein wird. Wir brauchen gesamteuropäische Institutionen, die natürlich an die bestehenden anknüpfen bzw. sie stärker verändern werden. Die Regelungen, die wir finden müssen, werden für das Europa der nächsten Jahrzehnte prägend sein. Damit tragen wir eine ungeheure Verantwortung.

Wir wünschen uns, daß mit den Ergebnissen von 2+4 ein Weg für ein neues Europa geebnet wird. Es soll ein Europa der Verständigung sein, in dem die Gefahr des Krieges gebannt ist und Konflikte politisch gelöst werden. Es soll ein Europa sein, das in seiner kulturellen Vielfalt seinen Reichtum erkennt und das wirtschaftlich noch stärker integriert ist. Hier bedarf es Strukturen der Solidarität.

Europa ist aber auch nicht nur Selbstzweck. Das Europa, für das wir eintreten, soll ein Faktor der Stabilität in der Welt sein, der seine Ressourcen und sein Können im Eintreten für weltweite strukturelle und soziale Gerechtigkeit und für die Förderung von Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie nutzt.

Ich danke Ihnen.